

Weniger Markt, mehr Politik. Vorschlag für eine progressive EU-Regierungsagenda

Brüssel, 19 Juni 2019

Die Europäerinnen und Europäer haben gewählt. Wie soll sich die Europäische Union nun mit neuem Parlament und künftiger EU-Kommission politisch für die Zukunft aufstellen? Nationalstaat versus supranationaler EU oder Technokratie versus Volkswillen? Entlang solcher Diskurse wurden zuletzt EU-Reformprojekte und damit das Vertrauen der Menschen in die EU zerrieben.

Doch worauf sollten die Debatten stattdessen ausgerichtet sein? „It’s politics, stupid!“ sagt Prof. Björn Hacker in seinem Buch „Weniger Markt, mehr Politik. Europa rehabilitieren“. Weniger Marktgläubigkeit und mehr Politikgestaltung fordert er, dabei vor allem mehr europäische Solidarität.

Die Europabüros von Friedrich-Ebert-Stiftung, Deutschem Gewerkschaftsbund, Österreichischem Gewerkschaftsbund und Österreichischer Bundesarbeitskammer luden Interessierte aus der deutschsprachigen Community in Brüssel ein, um sich über eine progressive EU-Regierungsagenda von Europaparlament und EU-Kommission für die neue Legislaturperiode auszutauschen und sich zu vernetzen. Der Einladung waren viele Mitglieder des Europäischen Parlaments, Vertreter der Gewerkschaften sowie MitarbeiterInnen anderer EU-Institutionen und diverser Verbände der Zivilgesellschaft aus Brüssel gefolgt.



Renate Tenbusch (m.) moderiert die Diskussion mit Oliver Dreute, Gaby Bischoff, Stefan Körzell und Björn Hacker (v. l. n. r.).

Den Abend eröffnete Oliver Röpke, Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und zudem Leiter des EU-Büros des ÖGB, mit einem Grußwort. Darin hob er die Verabschiedung der Europäischen Säule Sozialer Rechte 2017 als besondere Errungenschaft gerade der S&D-Fraktion im Parlament hervor. Nun gelte es diese angesichts des nach wie vor verbreiteten Sozialdumpings in Europa weiter mit Leben zu füllen.

Im Anschluss stellte Prof. Hacker einige Forderungen an die politischen EntscheiderInnen: Die politische Vertiefung der EU verwirkliche sich nicht von allein, einem Marktmechanismus folgend, wie es im bisherigen Integrationsprozess der Wirtschaftsunion lange zu beobachten war. Im Gegenteil: die politische

Union müsse, auf eine Zukunftsvision ausgerichtet sein und aktiv gestaltet werden. Dieser Weg sei schrittweise unterhalb der Schwelle von Vertragsänderungen zu beschreiten, plädierte Prof. Hacker.

Mit dieser Ansicht setzte sich auch das Podium auseinander, dessen Diskussion von der Leiterin des FES-Europabüros, Renate Tenbusch, moderiert wurde.



Über hundert interessierte Gäste nahmen an dem abendfüllenden Programm teil.

Stefan Körzell, Mitglied im geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB, hob die Notwendigkeit umfangreicher Investitionen hervor, um den Zukunftsaufgaben in Europa zu begegnen und dabei soziale Sicherheit für ArbeitnehmerInnen zu schaffen. Das sei nicht in klein Schritten zu verwirklichen. Die gestiegene Wahlbeteiligung berge eine Verantwortung für ein Europa, das sich nicht in Details verkämpft, sondern die Erwartungen der Menschen erfüllt und ihr Interesse an Europa erhält. Andernfalls würden sich viele endgültig abwenden.

Diesem letzten Punkt stimmt auch die S&D-Abgeordnete im Europäischen Parlament, Gaby Bischoff, zu. In den letzten Jahren hätte das Feld der Reformen im Sozialbereich brach gelegt. Die Methode der ausscheidenden Juncker-Kommission, durch breite Konsultationen von Akteuren auf substaatlicher Ebene Bewegung in die oft erstarrten Positionen des Europäischen Rates zu bringen, weise in die richtige Richtung.

Oliver Dreute, Berater im European Political Strategy Centre der Europäischen Kommission, pflichtete Prof. Hacker bei, indem er sich für initiative Vorstöße einzelner Mitgliedstaaten aussprach, um Reformblockaden zu überwinden. Er erinnerte an die Einführung der Währungsunion, als Frankreich und Deutschland vorangegangen seien, ehe dies in eine breite Bewegung gemündet sei.

In jedem Fall, so der allgemeine Tenor, sei es angesichts der seit der Europawahl veränderten Mehrheitsverhältnisse im Europäischen Parlament nötiger denn je, Kräfte organisationsübergreifend zu bündeln und Druck aufzubauen, um die soziale Säule der EU und die politische Union voranzutreiben.

Darauf verwies abschließend auch Jens Geier, Vorsitzender der SPD-Gruppe im EU-Parlament, als er in seiner Keynote auf die Dimension der zu bewältigenden Zukunftsaufgaben von Digitalisierung, über Steuerpolitik bis Klimawandel einging.

Leonard Wessel